

## 4

**Ministerratssitzung****Donnerstag, 16. Oktober 1947**

Beginn: 15 Uhr 30

Ende: 19 Uhr 45

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, stv. Ministerpräsident und Justizminister Dr. Müller, Staatsminister des Innern Dr. Ankermüller, Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Hundhammer, Staatsminister der Finanzen Dr. Kraus, Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge Krehle, Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten Frommknecht, Staatsminister für Sonderaufgaben Dr. Ludwig Hagenauer, Staatsminister Dr. Pfeiffer (Bayer. Staatskanzlei), Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium), Oberforstmeister Klietsch<sup>1</sup> (Landesforstverwaltung) zu Punkt II Nr. 3 [TOP III] der Tagesordnung.

*Entschuldigt:* Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Baumgartner.

*Tagesordnung:* I. Regierungserklärung. [II. Ergänzung des Gesetz-Entwurfs über die Feststellung des Haushaltsplans]. [III. Brennholzpreise]. [IV. Gnadengesuch Bachschwöller]. [V. Ernennung von 2 Vertretern für das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik].

*I. Regierungserklärung*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* eröffnet die Sitzung. Er nimmt vorweg, daß die Frage der Demontagen noch offen gelassen werden solle, weil die Demontageliste im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden solle.<sup>2</sup> Einer besonderen Regelung bedürfe weiter die Kartoffelfrage. Hier werde erst am Montag eine Klärung des Tatbestandes erfolgen. Er empfehle, diese Sache nicht einfach in die Regierungserklärung hineinzuarbeiten, sondern sie an den Schluß zu stellen.<sup>3</sup> Jetzt werde man zweckmäßigerweise die Regierungserklärung Punkt für Punkt hernehmen. Ein Entwurf<sup>4</sup> sei ja bereits verteilt.

Staatssekretär *Sühler* schlägt vor, auf Seite 3 unten folgende Worte zu streichen: „Zuschußgebiet ist Bayern auch in der Kartoffelversorgung geworden“, so daß der vorletzte Absatz nur noch lautet: „unsere Kartoffelernte hat nur 50% des Vorjahrs ergeben“. Auf Seite 4 solle in Zeile 7 eingefügt werden: „ebenso die Rückgabe von Magermilch durch die Molkereien um 50%“ und auf Seite 8 in Zeile 19 „in ausgesprochenen Dürregebieten sogar bis zu 40%“ und in Zeile 20 „bis 4-fache“.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* weist dann noch auf die hochpolitischen Ausführungen des 2. Absatzes der Seite 5 hin, die einstimmig gebilligt werden.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* schlägt vor, auf Seite 3 Zeile 11 die Worte „neu einzubürgernde Volksgenossen“ zu ersetzen durch „Flüchtlinge, Evakuierte aus anderen Zonen und verschleppte Ausländer“.

1 Albert *Klietsch*, geb. 1898, 1926–1933 Regierungsforstrat am Regierungsforstamt Oberbayern, 1933–1938 Leiter der Forstamtsaußenstelle Rott a. Inn, 1.4.1938 Forstmeister im Bayer. Wirtschaftsministerium, Leiter der Außenstelle des Reichsforstmeisters, 1.9.1939 ORR am Regierungsforstamt Oberbayern, 1942 NSDAP-Mitglied, nach Kriegsende kurzzeitig entlassen, 5.10.1945 Rückgängigmachung der Entlassung, seit 1946 in der Forstabteilung des StMELF, 1948 kommissarischer Leiter der Abt. C Forsten, 16.6.1948 Landforstmeister (RegDir), 16. 9. 1949 Oberlandforstmeister (MinRat).

2 Vgl. „Bayerns Reparationsanteil. 88 Betriebe werden demontiert“, SZ 13.9.1947 mit Abdruck der Liste der bayer. Betriebe. S. diese Liste in Anm. 20.

3 Vgl. die Erklärung Ehards am Ende seiner Regierungserklärung zu den Themen Demontage und Kartoffelversorgung; StB. II S. 95 f. (24. 10. 1947). Vgl. zu seinen dortigen Ausführungen über die Kartoffelversorgung und die Demontage die masch. Vorlagen in NL Ehard 684.

4 Entwurf nicht ermittelt.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* regt an, auf Seite 14 am Schluß folgenden Satz hinzuzufügen: „Wir hoffen aber, daß wir im Zug der weiteren Entwicklung einen gerechten Ausgleich herbeiführen können“.

Staatssekretär *Jaenicke* meint, man solle auf Seite 12 unten hinzufügen „zahlreiche Kinder können aus Schuhmangel im Winter die Schule nicht besuchen“.<sup>5</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* empfiehlt, auf Seite 20 Zeile 3 nicht die öffentliche Verwaltung zu nennen, sondern sich mehr an die freien Wohlfahrtsverbände und die Selbstverwaltungskörper zu wenden. Man könne etwa sagen, man werde bei der Organisation dieser Hilfsmaßnahmen in starkem Maße an die Initiative und das Verantwortungsbewußtsein unserer Gemeindeverwaltungen und der Wohlfahrtsverbände appellieren müssen.<sup>6</sup>

Staatssekretär *Fischer* schlägt vor, in Abschnitt V den Beginn der Arbeiten am Rißbach zu erwähnen.<sup>7</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* hält dies nicht für zweckmäßig, nicht nur weil dieses Projekt umstritten sei, sondern weil dadurch nur Hoffnungen erweckt würden, daß es in den nächsten 4 Wochen schon besser werde.<sup>8</sup> Beim Abschnitt VI, dem Flüchtlingsproblem, komme es ihm vor allem auf 2 Gedanken an:

1. Man müsse dazu übergehen, den Apparat der Flüchtlingsverwaltung in die allgemeine Verwaltung einzugliedern.<sup>9</sup> Das gehe zwar nicht von heute auf morgen, aber einmal müsse man damit anfangen.

2. Die Flüchtlinge könnten so, wie es jetzt sei, nicht auf die Dauer existieren.

Es müsse eine Eingliederung in die Wirtschaft stattfinden. Zu diesem Zweck müsse man wohl auch gewisse Umquartierungen vornehmen.<sup>10</sup>

Staatssekretär *Jaenicke* erwidert, daß solche Maßnahmen schon im Gange seien. Er halte den Ausdruck „internationale Hilfe“ auf Seite 23 Zeile 8 für zu unbestimmt. Man solle sagen „nur durch die Rückgabe der Ostgebiete“.<sup>11</sup>

Schließlich wird festgelegt, daß am Schluß des vorletzten Absatzes folgender Satz hinzugefügt wird: „Wir hoffen, daß die künftigen Friedensverhandlungen allen Heimatvertriebenen die Rückkehr in ihre alte Heimat wieder ermöglichen“.<sup>12</sup>

Ferner wird beschlossen, im Absatz Zeile 16–18 eine Umstellung vorzunehmen und diesen Absatz folgendermaßen zu formulieren: „1781700 Heimatverwiesene aus dem Ausland, hauptsächlich der Tschechoslowakei, und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder“. In Zeile 19 soll das Wort „Besatzungszonen“ ersetzt werden durch „deutsche Länder“.<sup>13</sup> Auf Seite 24 Zeile 19 werden die Worte „zur Bereinigung der Flüchtlingsfrage“ gestrichen. Ebenso in Zeile 24 und 25 die Worte „dann eine Umsiedlung der Flüchtlinge“. Die Worte „gemäß dem Ort für die in Aussicht genommene Beschäftigung“ sollen ersetzt werden durch die Formulierung „Gemäß dem Standort der in Aussicht genommenen industriellen, gewerblichen und

5 Vgl. den – inhaltlich identischen – Satz in der Regierungserklärung Ehard; *StB.* II S. 85 (24. 10. 1947).

6 Vgl. den – inhaltlich identischen – Satz in der Regierungserklärung Ehard; *StB.* II S. 87 (24. 10. 1947).

7 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 22 TOP V und Nr. 24 TOP IV. Die Arbeiten begannen am 23.10.1947, *Pohl* S. 340; Abdruck der Ansprache des StMF Kraus anläßlich des Beginns der Bauarbeiten, Bayer. Staatsanzeiger 25.10.1947. S. StK 13775.

8 Die Regierungserklärung enthielt zunächst eine Passage, in der Ehard das Ausmaß der Stromkrise schilderte; *StB.* II S. 87 (24. 10. 1947). Die Rißbachüberleitung erwähnte er dann im letzten Drittel seiner Ausführungen: „Für die Zukunft sind unter Leitung der Bauabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern weitgehende Maßnahmen zur Verbesserung der bayerischen Elektrizitätsversorgung in Angriff genommen. Die Vorarbeiten für die Überleitung des Rißbaches in den Walchensee, die nach Fertigstellung 90 Millionen Kilowattstunden erbringen wird, sind beendet“; *StB.* II S. 94 (24.10.1947).

9 Vgl. Ehard in Nr. 1 TOP XIII.

10 In der Regierungserklärung lautete die Passage mit einer deutlichen Akzentverschiebung im ersten Absatz: „Die durch das Flüchtlingsgesetz geschaffenen gesetzlichen Voraussetzungen werden auf Grund der bisher gewonnenen Erfahrungen in zwei Richtungen zu ergänzen sein: 1. Die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wohnungs- und Flüchtlingswesens, die bisher getrennt beim Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge einerseits und beim Staatsministerium des Innern andererseits liegen, müssen in einer Hand zusammengefaßt werden. 2. Aus wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmäßigen Gründen wird eine Umquartierung von Heimatvertriebenen notwendig werden, ohne die weder ein planmäßiger Aufbau der Flüchtlingsindustrie noch eine Lenkung des Arbeitseinsatzes möglich wäre“; *StB.* II S. 86f. (24.10.1947).

11 In der Regierungserklärung blieb es bei der ursprünglichen Formulierung: „Schon jetzt aber sehen wir, daß eine einigermaßen befriedigende Lösung des Flüchtlingsproblems nicht mit den Mitteln Bayerns allein, auch nicht im Zusammenwirken der deutschen Länder überhaupt, erzielt werden kann, sondern nur mit internationaler Hilfe“; *StB.* II S. 87 (24. 10. 1947).

12 Vgl. die entsprechende Passage in der Regierungserklärung Ehard; *StB.* II S. 87 (24. 10. 1947).

13 Die entsprechende Passage der Regierungserklärung Ehard lautete: „Für uns in Bayern ergibt sich nach dem Stand vom 15. August 1947 folgendes Bild. Es wurden gezählt: 1781700 Heimatverwiesene aus dem Ausland, hauptsächlich der Tschechoslowakei und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder, 287300 Evakuierte aus anderen deutschen Ländern, zusammen 2069000 Menschen“; *StB.* II S. 87 (24.10.1947).

landwirtschaftlichen Siedlungen“.<sup>14</sup> Auf Seite 25 Zeile 7 wird das Wort „Kommission“ durch „Gremium“ ersetzt. Der letzte Satz des Absatzes 1 auf Seite 25 wird gestrichen. Im vorletzten Satz werden die Worte hinzugefügt: „und aus Fachleuten“.<sup>15</sup> In Zeile 12–13 werden die Worte „zur Bereinigung der Flüchtlingsfrage“ gestrichen. Anstelle der Worte „mehr oder weniger klugen Kniffe“ in Zeile 17 und 18 soll ein anderer Ausdruck gefunden werden. Auf Seite 26 Zeile 5 unten wird das Wort „Liste“ gestrichen und auf Seite 27 Zeile 8 von unten die Worte „als Schutzpolizei“. Die Worte „in großem Umfang“ in der gleichen Zeile werden ersetzt durch „in größerem Umfang“.<sup>16</sup>

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* schlägt folgenden Zusatz vor: „Das Justizministerium hat zur konzentrischen Verfolgung im Rahmen der Staatsanwaltschaft ein eigenes Dezernat zur Bekämpfung von Korruption, Bestechung, Schwarzhandel und Schiebertum geschaffen“.<sup>17</sup>

Diese Einschaltung soll auf Seite 28 nach dem 2. Absatz vorgenommen werden.

Absatz 3 auf Seite 30 erhält folgende Fassung: „Ist unsere Jugend auch im Kern gesund, so ist doch die Zahl der Jugendlichen...“.<sup>18</sup> Absatz 2 auf Seite 31 wird gestrichen. Seite 32 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung: „Der Gesetzentwurf sieht vor, daß ...“. In Zeile 18 werden die Worte „ohne vorhergehende strafgerichtliche Verurteilung“ gestrichen, ebenso der letzte Absatz von dieser Seite. Zeile 17 wird zusammengezogen, daß es nunmehr heißt „Arbeitsscheue und verwahrloste Jugendliche“.<sup>19</sup>

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* hat Bedenken gegen den Titel des Gesetzes über ungebührliches Verhalten Minderjähriger in der Öffentlichkeit. Vielleicht könne man doch eine andere Bezeichnung finden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, durch die Demontagen werde sich der Abschnitt VIII wohl noch etwas verändern.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* teilt mit, die Demontageliste sei heute um 1/2 3 Uhr dem Exekutivrat übergeben worden; sie umfasse insgesamt 682 Betriebe, davon 88 Betriebe in Bayern.<sup>20</sup> Er habe sich inzwischen mit der DENA in Verbindung gesetzt, um diese Liste sofort zu bekommen.

14 Vgl. die entsprechende Passage der Regierungserklärung; StB. II S. 88 (24.10.1947).

15 Gemeint ist ein Gremium aus Vertretern der Staatsregierung, des Landtags, der Flüchtlingsvertretungen und Fachleuten mit der Aufgabe, einen Beschäftigungsplan für Flüchtlinge zu erstellen; vgl. die entsprechende Passage der Regierungserklärung StB. II S. 88 (24.10.1947).

16 Die entsprechende Passage der Regierungserklärung lautete: „Der Schutz der Ernte auf den Feldern wurde unter verstärktem Einsatz der Landpolizei und durch Wiederbelebung des gemeindlichen Feld- und Waldschutzes gefördert. In größerem Umfang wurden Wächter aufgestellt und mit Zustimmung der örtlichen Militärregierung zum Teil auch bewaffnet“; StB. II S. 88 (24. 10. 1947).

17 Vgl. den – inhaltlich identischen – Satz in der Regierungserklärung Ehard; StB. II S. 88 (24. 10. 1947).

18 Vgl. die entsprechende Passage der Regierungserklärung; StB. II S. 89 (24.10.1947).

19 Die entsprechende Passage der Regierungserklärung lautete: „Der Volksvertretung wird ferner der Entwurf eines Gesetzes über ungebührliches Verhalten Minderjähriger in der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Herumstreunen von Kindern und Jugendlichen in der Dunkelheit zu verbieten und den Besuch von Gaststätten, Kinos und Theatern sowie von Tanzlustbarkeiten für Jugendliche zu regeln. Schließlich soll dem Landtag auch der Entwurf eines Notgesetzes über Arbeitserziehung zugehen, das für arbeitsscheue undverwahrloste Jugendliche Maßnahmen der Arbeitserziehung vorsieht“; StB. II S. 89 (24.10.1947).

20 Lt. SZ 18.10.1947 waren folgende 88 bayerische Betriebe betroffen: „Dornierwerke Inzell; Franziskanerkeller München; Mechanische Werkstätte Ludwig Reith, Großweil; Oberlandhalle Miesbach (alles Dornier-„Ableger“); Bachmann von Blumenthal (Behm & Co), Burgfarmbach bei Nürnberg (Flugzeugreparatur); Preß-, Stanz- und Ziehwerk Rudolf Chillingworth, Nürnberg; Noris Zündlicht AG, Nürnberg; Kelheimer Parkettfabrik (Messerschmitt); Reichsautobahn-Straßenmeisterei Siegsdorf; Weilheimer Holzhaus- und Barackenbau; Hochlandhalle Weilheim; Maschinenfabrik A. Schlüter, Freising; Sperrholzfabrik August Moralt, Bad Tölz; Hörndl-Anhängerfabrik, Ettersschlag (alles Dornier-Teilbetriebe); Dornier-Werk Weilheim; Messerschmitt GmbH (Flugzeugbau), 6 Fabriken in Augsburg, 5 in Regensburg, je 1 in Sinzing, Bodenwöhr, Pfeimnd, Frontenhausen, Marienthal, Neustadt, Flossenbürg, Oberzell, Oberammergau und Straubing; Helmut Sachse, Kempten (im Krieg Zulieferant von BMW, umgestellt auf Trockenzerstäuber und Industrie-Nähmaschinen), Messerschmitt Augsburg und Garmisch (Versuchsanstalt); GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse, Werke Kaufbeuren (jetzt Gablonzer Flüchtlingsbetrieb); Aschau und Ebenhausen (diese reichseigenen Betriebe waren an die Dynamit AG verpachtet und von ihr betrieben); Heeresmunitionsanstalt Straß bei Günzburg; Deutsche Sprengchemie Geretsried-Wolfratshausen (reichseigen); Heeresmunitionsanstalt Desching bei Ingolstadt; Fabrik München der Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (Dynamit AG); Collis Metallwerke Nördlingen (Granatenfabrikation); Atlaswerke, Zweigwerk München (Feinmechanik); Mikronwerk Aschaffenburg (Meßwerkzeuge); Eisen-Preßwerk Fruehwald & Jaeger, Nürnberg; Bayerische Motorenwerke, Werk I in München und Werk II in Allach; Dornier-Werke in Oberpfaffenhofen, Aubing, Neuaußing und Landsberg; Dampfsägewerke Grafenaschau (Dornier); Luft-Munitionsanstalten Weichering und Oberdachstätt; Fabrik für Leucht- und Signalmunition Fritz Sauer, Augsburg-Gerstthofen; Paraxol GmbH Weiden bei Augsburg und Schrobhausen (Formaldehyd – Ausgangsstoff für Sprengstoffherzeugung) – geht auf Reparationsrechnung an Frankreich bzw. Polen –; Versuchswerk Kaufering der Sprengstoff-Versuchs-GmbH; Dynamit AG vorm. Alfred Nobel Nürnberg; Heeresmunitionsanstalt St. Georgen-Traunstein; Messerschmitt GmbH Eschenlohe; GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (Dynamit AG), Fabriken Wolfratshausen und Bobingen; Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie; Werk Kaufering der Dynamit AG; Werk Stadeln bei Nürnberg der Dynamit AG; Heeresmunitionsanstalten Wildflecken bei Brückenau und Klein-Kötz bei Günzburg; Heinrich Diehl Werk III, Röthenbach bei Nürnberg (NE-Metall-Halbfabrikate); Wielandwerke AG in Ulm-Vöhringen (Leichtmetall-Preßwerk); Anorgana Gendorf; Dr. Alexander Wacker, Burghausen; IG Farben, Gersthofen (bei diesen chemischen Werken dürfte es sich jeweils um die Abschöpfung überflüssiger Kapazitäten handeln); Kopp

Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt aus, man müsse überlegen, was man bei Presseanfragen antworten solle. Er sei der Meinung, bevor man Einzelheiten nicht genauer kenne und nicht wisse, in welcher Form die Demontagen durchgeführt würden, könne man keine Stellung nehmen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* erklärt, die Amerikaner seien darauf hingewiesen worden, daß man in Bayern mit Streiks zu rechnen habe, auch im Ruhrgebiet würden Streiks vorbereitet auf Grund der Kartoffellage. Man könne sagen, daß wir vom Ausmaß der Demontagen auf das Schwerste betroffen seien<sup>21</sup> und Störungen nicht nur des Wirtschaftslebens, sondern auch des Arbeitsfriedens besorgen müßten. Gegen diese Formulierung werden von Staatsminister *Dr. Pfeiffer* und Staatsminister *Dr. Ankermüller* Bedenken erhoben.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt hierfür die Worte vor: „Störungen der Produktion mit all ihren Auswirkungsmöglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Art“.<sup>22</sup>

Staatsminister *Krehle* weist auf die Erschütterung der Existenzgrundlage von Tausenden von Arbeiterfamilien hin.

Staatssekretär *Geiger* fügt hinzu, daß damit auch den Flüchtlingen die Aussicht genommen werde, in den Produktionsgang eingeschaltet zu werden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* hält eine genaue Prüfung für notwendig. Erst nach dieser könne man Stellung nehmen. Wichtig werde es vor allem sein, in welcher Weise und in welchem Zeitraum die Demontagen durchgeführt werden sollen. Er bitte das Wirtschaftsministerium, Seite 34 letzter Absatz bis Seite 36 2. Absatz noch einmal zu überarbeiten.

Anschließend verliest Staatsminister *Dr. Pfeiffer* die inzwischen eingetroffene Demontageliste.<sup>23</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* wiederholt, daß das Wirtschafts- und Arbeitsministerium bis zum Samstag einen neuen Entwurf vorlegen solle[n].

Staatsminister *Krehle* wirft die Frage auf, ob auch für diese Fälle eine Lohnausfallvergütung bezahlt werden solle. Seiner Meinung nach sei dies selbstverständlich. Die Lohnausfallvergütung bei Stromausfällen müsse auch auf die Demontage Anwendung finden.

Staatsminister *Dr. Kraus* bezeichnet dies als eine Finanzfrage.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* weist darauf hin, daß es sich nur um einen Übergangsbehelf handle. Diese Frage solle vom Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzministerium überprüft werden.

Abschnitt IX Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung: „das durch gesetzgeberische Maßnahmen ausreichend gesichert werden wird“.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* weist zu Absatz 2 auf Seite 39 darauf hin, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehe. Es müßten unbedingt Leute abkommandiert werden, um die Rückstände aufzuarbeiten.<sup>24</sup>

Staatsminister *Dr. Hagenauer* erklärt, daß die von ihm angeforderten Leute aus der Justizverwaltung einfach nicht gekommen seien.<sup>25</sup>

& Co. München (Werkzeugmaschinen); Chemische Werke von Transehe & Co., Gersthofen (Treibstoff für Düsenjäger); Ver. Flußspatwerke, Stulln; Elektrochemische Werke München-Höllriegelskreuth (Wasserstoffsuperoxyd); Geißler, München (Vorrichtungen); Leistritz Mafa, Nürnberg (Dampfturbinen-Schaufeln); Kugelfischer, Schweinfurt (Wälzlager); MAN Augsburg (Dieselmotoren); Maschinenfabrik Beilhack, Rosenheim (einzige große Gesenkschmiede Bayerns); Maurer, München (Dampfkesselfabrik); Ernst Reime, Nürnberg (Präzisionswerkzeuge); Johann Schiesser, Nürnberg (Behälter, Trocknungsanlagen); Südwerke Bamberg (Krupp-Lastwagenbau); Schmidt & Sohn, Nürnberg (Aufzüge); Ultra-Präzisionswerk, Aschaffenburg; Herkules-Werke, Nürnberg (Motorräder und Fahrzeuge); Anorgana GmbH, Gendorf und Töging bei Mühldorf (Kraftwerke). Nach den letzten Meldungen werden folgende 11 Betriebe in Bayern nicht vollständig demontiert: Maschinenfabrik A. Schlüter, Freising; BMW AG, Werk I München; Wieland Werke AG Ulm Vöhringen; Anorgana Gendorf; Dr. Alexander Wacker Burghausen; IG-Farben Gersthofen; Ver. Flußspatwerke Stulln; Elektrochemische Werke München; MAN Augsburg; Herkules-Werke Nürnberg; Kraftwerk Töging; vollständiger Abdruck der Demontageliste mit allen 682 Betrieben in der britischen und amerikanischen Zone in NZ 20.10.1947. Vgl. AVBRD 3 S. 681 f.

21 Lt. SZ 18.10.1947 waren in Nordrhein-Westfalen 294 Werke zur Demontage bestimmt, in Niedersachsen 115, in Bayern 88. Es folgten Hessen mit 51, Schleswig-Holstein mit 44, Hamburg mit 42 und Württemberg-Baden mit 39 Betrieben. Zum Fortgang s. Nr. 42 TOP III.

22 Zur Demontage gab Ehard schließlich in einer Erklärung im unmittelbaren Anschluß an die Regierungserklärung die Entschließung der Ministerpräsidenten, Wirtschafts- und Arbeitsminister bekannt, die diese auf ihrer Konferenz am 22.10.1947 in Wiesbaden beschlossen hatten; StB. II S. 95 (24.10.1947). – Zu dieser Konferenz s. AVBRD 3 S. 690–711.

23 Vgl. Anm. 20.

24 Vgl. Nr. 3 TOP XI sowie die entsprechende Passage der Regierungserklärung Ehards; StB. IIS. 91 (24.10.1947).

25 Vorlage Hagenauers für die Regierungserklärung in NL Pfeiffer 89.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* und Staatsminister *Krehle* schlagen vor, auch Anwälte heranzuziehen.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* verspricht sich von dieser Maßnahme nichts.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bittet dringend, daß mit den Abstellungen nunmehr ernst gemacht werde.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* schlägt auf Seite 38 und Seite 39 verschiedene Änderungen stilistischer Art vor, ebenso die Streichung des 2. Absatzes auf Seite 39. Die endgültigen Zahlen auf Seite 39 werde er am Montag nachbringen.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* schlägt noch einen Zusatz zu Abschnitt XI Absatz 2 (Schulreform) vor.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* und stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* halten diesen Absatz für genügend.<sup>26</sup> Über die Schulreform bekomme man noch eine ausführliche Debatte bei der Beratung des Haushalts.<sup>27</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* übergibt einen schriftlichen Abänderungsvorschlag zum 2. Absatz des Abschnittes XII, der angenommen wird.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* schlägt vor, auf Seite 46 3. Absatz zu sagen, wir erwarten nunmehr die Schaffung der deutschen Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* und Staatsminister *Dr. Kraus* haben hiegegen Bedenken.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* spricht sich für folgende Fassung aus: „Wir erwarten nunmehr endgültig die Beseitigung der 4-Zonengrenzen und die Schaffung der deutschen Einheit“

Staatsminister *Dr. Hundhammer* hält die Worte: „einer deutschen Einheit“ für zweckmäßiger. Die endgültige Formulierung soll noch einmal überlegt und dann endgültig festgelegt werden.<sup>28</sup> Im letzten Absatz von Seite 46 soll neben der Pfalz auch noch Lindau erwähnt werden.<sup>29</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, auf Seite 48 Absatz 2–3 zu streichen, da man besser über die Währung in der Regierungserklärung nichts sage.

Staatsminister *Dr. Kraus* erwidert, er werde aber vor dem Landtag darüber reden müssen.<sup>30</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bezeichnet dies als etwas anderes.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* meint, etwas müsse man darüber doch sagen. Man könne das Unbequeme nicht einfach weglassen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* hält die Formulierung in Absatz 3 nicht für ganz richtig. Außer den Arbeitern und Angestellten sei doch auch die Landwirtschaft an einer Regierung interessiert.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ersucht das Finanzministerium, die beiden Absätze noch einmal zu überprüfen und bis Samstag eine neue Formulierung vorzuschlagen.

Staatssekretär *Sühler* bittet, die Formulierung so zu wählen, daß sie keineswegs so ausgelegt werden könne, daß in Kürze eine Währungsreform bevorstehe.

Abschließend wird festgestellt, daß Absatz 3 gestrichen wird, während Absatz 2 unter Berücksichtigung der vorgetragenen Gesichtspunkte neu formuliert werden soll.<sup>31</sup> Auf Seite 49 wird der letzte Absatz gestrichen.

<sup>26</sup> Vgl. die entsprechende Passage der Regierungserklärung; *StB.* II S. 91 (24.10.1947).

<sup>27</sup> *StMUK* Hundhammer ging im Rahmen seiner Haushaltsrede ausführlicher auf die Schulreform ein; vgl. *StB.* II S. 362 ff. (9.12.1947).

<sup>28</sup> Die entsprechende Passage der Regierungserklärung lautete: „Wir erwarten, daß die Wiederkehr des Friedenszustandes herbeigeführt wird, der auch die uns völkerrechtlich zustehenden Rechte wieder in unsere Hand legt. Wir erwarten insbesondere nunmehr endgültig die Beseitigung der vier Zonengrenzen, die Schaffung der deutschen Einheit und die wirkliche Möglichkeit, die unendlich geschwächten und dezimierten Kräfte des neuen Deutschland wieder in planvoller Zusammenarbeit für das gemeinsame Wohl einzusetzen“; *StB.* II S. 93 (24.10.1947).

<sup>29</sup> Sowohl die „Zusammengehörigkeit mit der Pfalz“ als auch die Beziehungen zum Stadt- und Landkreis Lindau wurden in der Regierungserklärung erwähnt; vgl. *StB.* II S. 93 (24.10.1947).

<sup>30</sup> Vgl. die Etatrede von Kraus, *StB.* II S. 143–152 (31.10.1947), hier besonders S. 147 und S. 149.

<sup>31</sup> Ehard sprach die Währungsreform im finanzpolitischen Abschnitt der Regierungserklärung in folgender Weise an: „Hier steht an der Spitze die Ausgleichung des Staatshaushaltes durch schärfste Sparmaßnahmen, um schon rechtzeitig für einen nicht übersetzten und doch leistungsfähigen Apparat der öffentlichen Verwaltung zu sorgen, der seine Arbeit reibungslos auch dann vollziehen kann, wenn durch die Bereinigung der Geldverhältnisse unsere Armut voll zutage treten wird und für Illusionen kein Raum mehr bleibt“; *StB.* II S. 93 (24.10.1947).

Staatsminister *Dr. Ankermüller* schlägt vor, im vorletzten Absatz auf Seite 49 das Problem der rassisch, politisch und religiös Verfolgten wegzulassen und hierüber größere Ausführungen zu machen, für die er eine von ihm ausgearbeitete Fassung zur Verlesung bringt.<sup>32</sup>

Staatssekretär *Geiger* regt an, den letzten Absatz von Seite 50 etwas anders zu formulieren und übergibt hierfür einen Vorschlag.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, diese Formulierung müsse noch einmal überlegt werden.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* führt aus, in der Regierungserklärung sei bisher vom Programm der CSU<sup>33</sup> so gut wie nichts gesagt. Es müsse also in den Schlußworten dargelegt werden, welcher Generalidee man folge. Die Grundidee des Programms und das Bekenntnis dazu müssen herausgestellt werden. Nachdem eine Einparteienregierung da sei, müsse man auch erklären, daß man fest auf diesem Boden stehe, damit müsse die Regierungserklärung ausklingen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, man solle davon ausgehen, daß die Regierungserklärung eine Ausführung des Programms enthalte.<sup>34</sup>

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* erbittet alles noch notwendige Material bis Samstag.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt abschließend fest, daß am kommenden Montag um 17 Uhr noch einmal ein Ministerrat stattfinden werde, in dem die Regierungserklärung endgültig fertiggestellt werden solle.<sup>35</sup>

### [II. ] *Ergänzung des Gesetz-Entwurfs über die Feststellung des Haushaltsplans*

Staatsminister *Dr. Kraus* führt aus, im letzten Ministerrat sei die Vorlage des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans an den Landtag beschlossen worden.<sup>36</sup> In § 5 Buchstabe b seien hinter „an die bayer. Bauernsiedlung GmbH“ folgende Worte anzufügen: „und an sonstige vom Finanzministerium zu bestimmende Betriebe“. Dieser Ergänzungsantrag wird einstimmig genehmigt.<sup>37</sup>

### [III. ] *Brennholzpreise*

Oberforstmeister *Klietsch* führt aus, mit Wirkung vom 15.7.1947 seien die Brennholzpreise heraufgesetzt worden. Der Ministerrat habe am 14.8.1947 beschlossen, daß diese Heraufsetzung noch einmal überprüft werden solle.<sup>38</sup> Hievon sei die Preisbildungsstelle und die Forstverwaltung aber erst am 19.9.47 verständigt worden. Praktisch werde im ganzen Land nach den heraufgesetzten Preisen vom 15.7.47 verkauft. Eine Rückgängigmachung der Preiserhöhung sei nicht mehr möglich. Die bisherigen Preise seien vollkommen ungenügend. Es handle sich um die Stopppreise des Jahres 1936. Nachdem aber für Brennzwecke in großem Maße Nutzholz verwandt werde, habe man einen Zuschlag für dieses Nutzholz festgesetzt. Dagegen werde von den Städten angekämpft. Vom Verbraucher aus gesehen seien die Preise zu tragen, da heuer in den größeren Städten die Verbraucher alle Kohlen bekämen, so daß der Brennstoffbedarf insgesamt billiger komme. Die Forstabteilung bitte um die Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 14.8.47 und Anerkennung der Preiserhöhung.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* möchte zuerst wissen, was jetzt der Verbraucher zahlen solle.

32 Die entsprechende Passage der Regierungserklärung lautete: „Das Staatskommissariat für rassisch, religiös und politisch Verfolgte, dem ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt wurden, widmet sich durch die Gewährung von Unterstützungen, Darlehen und Stipendien und durch eine Reihe sonstiger Hilfsmaßnahmen mit großem Nachdruck der Betreuung seiner Schützlinge. Das Kernproblem, das die rassisch, religiös und politisch Verfolgten bewegt, ist allerdings die Überführung der Betreuung in eine endgültige Wiedergutmachung“; *StB.* II S. 94 (24.10.1947).

33 Die dreißig Punkte der Union, auf der Landesausschußsitzung der CSU am 31.10.1946 angenommenes Programm, Abdruck in: *Die CSU 1945–1948* S. 1734–1741.

34 Ehard sprach das Programm der CSU im Schlußabsatz seiner Regierungserklärung nicht explizit an. Dies entsprach seinem Selbstverständnis, als Ministerpräsident im Namen aller Bürger des Landes zu sprechen.

35 Zum Fortgang s. Nr. 5 TOP III.

36 Vgl. Nr. 3 TOP III.

37 Der Landtag beschloß das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1947 am 18.3.1948; vgl. *BBd.* II Nr. 1258. – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1947 (Haushaltsgesetz) vom 21. Mai 1948 (GVBl. S. 90). S. im Detail *StK-GuV* 20 sowie *Haushaltsplan des Bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1947*.

38 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 30 TOP XIII sowie *Klietsch* an Baumgartner, 4.11.1947 (ML 10798).

Staatsminister *Krehle* erklärt, der Ster Holz komme in München jetzt auf RM 33–34.-. In der gegenwärtigen Situation halte er eine Erhöhung nicht für möglich.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, diese Sache könne man nicht aus dem Handgelenk machen. Er müsse zunächst einmal wissen, wie sich die Spanne zwischen dem Erzeuger- und Verbraucherpreis zusammensetze. Die Frage sei vor allem auch, ob man jetzt im Augenblick eine Preiserhöhung verantworten könne. Man müsse auch wissen, auf wessen Rücken es hinausgehe, wenn die Preise nicht erhöht würden.

Staatsminister *Krehle* kann sich mit einer Erhöhung der Preise nur einverstanden erklären, wenn keine Verteuerung der Verbraucherpreise eintritt.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* hält eine Redressierung der Preiserhöhung nicht für möglich, nachdem man heute gehört habe, daß nach den erhöhten Preisen verkauft werde. Vielleicht könne man noch einmal in Zusammenarbeit zwischen dem Arbeits- und Landwirtschaftsministerium prüfen, ob ein Ausgleich für Minderbemittelte geschaffen werden könne.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt abschließend fest, daß bis zum nächsten Ministerrat eine weitere Klärung erfolgen müsse.<sup>39</sup>

#### [IV. ] *Gnadengesuch Bachschwöllers*

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* berichtet über das Gnadengesuch eines gewissen Ludwig Bachschwöllers,<sup>40</sup> der von der Strafkammer Deggendorf zum Tode verurteilt worden sei, weil er einen Polizeibeamten ermordet habe.<sup>41</sup> Es handle sich hier um einen der wenigen Fälle, die zur Vollstreckung geeignet seien.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* spricht sich ebenfalls für die Vollstreckung aus.<sup>42</sup>

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* weist darauf hin, daß die Landpolizei schon eine Reihe von Todesopfern gehabt habe.

Staatsminister *Dr. Kraus* ist gegen die Vollstreckung an einem 22-jährigen Menschen.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* hat ebenfalls Bedenken. Im übrigen sei die Frage der Vollstreckung einer Todesstrafe eine Angelegenheit, die nicht im letzten Augenblick eines Ministerrats entschieden werden könne. Er schlage vor, die Sache heute zurückzustellen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schließt sich dem an. Man könne heute keine endgültige Entscheidung mehr treffen. Man müsse die Sache noch einmal nach der grundsätzlichen Seite und den besonderen Umständen des Falles hin nachprüfen.

Die Sache wird zurückgestellt.<sup>43</sup>

#### [V. ] *Ernennung von 2 Vertretern für das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik*

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* führt aus, für das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik,<sup>44</sup> das beim Länderrat bestehe, seien 2 Vertreter Bayerns zu benennen und zwar ein Vertreter des Kultusministeriums und einer der Staatskanzlei. Bisher seien damit Staatssekretär *Dr. Sattler* und er befaßt worden. Er bitte um die Zustimmung zu dieser Ernennung.

Hiergegen herrscht keine Erinnerung.

39 Zum Fortgang s. Nr. 5 TOP I.

40 Ludwig Bachschwöllers, geb. 1924.

41 In Eppenschlag, Landkreis Grafenau, war am 12.9.1946 bei einem Einbruch ein Radio entwendet worden. Auf dem Weg zum Tatort traf der Oberwachmeister Franz Lippert den Glasmacher Bachschwöllers aus Spiegelau und forderte ihn auf mitzukommen. Bachschwöllers zog eine Pistole und schoß den Wachmeister von hinten nieder. Er wurde am 13.9.1946 festgenommen; vgl. Passauer Neue Presse 20.9.1946. Das Landgericht Deggendorf verurteilte ihn am 17.4.1947 wegen Mordes zum Tode (StMJu, Gnadenakt Bachschwöllers).

42 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 21 TOP XVIII, Nr. 31 TOP XII und Nr. 32 TOP XVIII.

43 Zum Fortgang s. Nr. 10 TOP X.

44 Am 7.10.1947 hatten Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Bremen die Stiftungsurkunde für ein Institut zur Erforschung der Nationalsozialistischen Politik (seit 1952 Institut für Zeitgeschichte) unterzeichnet. Im Kuratorium waren die Stifterländer mit je zwei Sitzen vertreten; vgl. AVBRD 3 S. 399ff. sowie StK 12997, 13113 und 30269. S. Auerbach; Horst Möller.

Staatsminister *Dr. Kraus* weist noch darauf hin, daß nach seinen Erfahrungen jetzt im Länderrat recht viel überflüssige Angelegenheiten behandelt würden. Er wolle sich nicht gegen dieses Kuratorium aussprechen, bitte aber darum, daß man diese Angelegenheiten im engsten Rahmen halte. Der Staat vertrage keine neuen Belastungen mehr, auch wenn sie über den Länderrat gingen.

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
gez.: Claus Leusser  
Ministerialrat

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
gez.: Dr. Anton Pfeiffer  
Staatsminister